

Unterausschuss „Verbraucherschutz“ des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
(38. - öffentliche - Sitzung am 9. November 2016)

Beratungsthemen:

1. **Car-Pass einführen - Tachomanipulation wirksam eindämmen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5121](#)

dazu: Eingabe 2681

Der Unterausschuss lehnte den von den Mitgliedern der CDU-Fraktion - Vorlage 8 - unterbreiteten Änderungsvorschlag mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

Mit gleichem Stimmenverhältnis sprach er sich gegenüber dem federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung dafür aus, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, den Antrag in der Fassung eines von den Koalitionsfraktionen unterbreiteten Änderungsvorschlages - Vorlage 9 - anzunehmen.

Den Vorschlag seitens der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion, die in die Beratung einbezogene Eingabe 2681 der Landesregierung als Material zu überweisen, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

Mit gleichem Stimmenverhältnis votierte er dafür, die Eingabe mit der Annahme des Antrages in geänderter Fassung für erledigt zu erklären und den Petenten im Übrigen über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

2. **Bargeld erhalten - Freiheit und Bürgerrechte schützen!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5114](#)

Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen sahen noch koalitionsinternen Beratungsbedarf. Der Unterausschuss stellte daraufhin die weitere Beratung des Antrages zurück.

3. **Fleisch bleibt Fleisch und Wurst bleibt Wurst - Bessere Kennzeichnung von Fleischimitaten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6404](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerdem trat der Unterausschuss bereits in die inhaltliche Erörterung ein.

Er kam überein, zu dem Antrag eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin hierfür nahm er den 18. Januar 2017 in Aussicht - Sitzungsbeginn 10.15 Uhr.

Er verständigte sich darauf, dass von den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils zwei Anzuhörende und von den Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils ein Anzuhörender benannt werden können.

Der Unterausschuss bat die Sprecher der Fraktionen, sich am Rande des Novemberplenums über den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen und der Landtagsverwaltung die Anzuhörenden zeitnah mitzuteilen.

4. a) **Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie korrigieren - ältere Menschen und junge Familien nicht von Wohnimmobilienkrediten ausschließen - überschießende Regulierung zurücknehmen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6681](#)
- b) **Wohneigentum fördern - Bessere Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6684](#)

Der Unterausschuss bat die Landesregierung zeitnah um eine schriftliche Unterrichtung.

Außerhalb der Tagesordnung

Der Unterausschuss kam überein, seine für den 7. Dezember 2016 sowie für den 25. Januar 2017 vorgesehenen Sitzungen ausfallen zu lassen.

Ferner bat der Unterausschuss, ihm die Möglichkeit zu geben, sich dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung anzuschließen und am 25. und 26. Januar 2017 die Grüne Woche zu besuchen.